

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N<sup>o</sup> 54.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 5. März.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

### Die Woche.

In der heute zu Ende gehenden Woche war die öffentliche Diskussion viel weniger lebhaft, als acht Tage zuvor, wo die Skobeless-Affaire allgemeine Sensation erregte. Dieser russische General ist für uns heute ein abgethaner Mann. Den Brennpunkt in der inneren deutschen Politik bildet gegenwärtig und wohl auch noch für längere Zeit die Tabaksmonopolfrage, nachdem der betreffende Gesetzentwurf dem preussischen Volkswirtschaftsrathe vorgelegt worden ist. Wir zweifeln nicht, daß diese Körperschaft ein den Wünschen der Reichsregierung entsprechendes Gutachten abgibt, aber der Reichstag wird dies keinesfalls thun. Denn es ist nicht zu verkennen, daß in der Bevölkerung von ganz Deutschland dieses Lieblingsprojekt Bismarcks auf den entschiedensten Widerstand stößt. Die schweren finanziellen und sonstigen Bedenken, die sich gegen das Tabaksmonopol geltend machen, rechtfertigen diese ablehnende Haltung. Der Reichstanzler weiß auch sehr gut, daß die Mehrheit der jetzigen deutschen Volksvertretung den Entwurf entschieden verwirft. Wenn die Regierung trotzdem mit diesem Projekt vor den Reichstag tritt, so kann dies nichts anderes bedeuten, als die Vorbereitung zur Auflösung und zur Neuwahl des Reichstages. In diesem Bewußtsein haben wir unterlassen, den Wortlaut des Entwurfs unseren Lesern mitzutheilen und beschränken uns auch hier nur auf einige allgemeine Angaben. Im Großen und Ganzen stimmt der Inhalt mit der Grundzüge überein, welche in der bekannten Enquete-Kommission 1878 ausgearbeitet worden waren. Denjenigen Tabakspflanzern, welche sich von der Einführung des Monopols goldene Berge versprochen haben, wird er wohl eine Enttäuschung bereiten. Der einzige Vortheil wäre die prompte Auszahlung des Verkaufspreises. Für die Abhängigkeit vom Händler aber, den bekannten Hauptgegenstand ihrer Klagen, würden sie eine Abhängigkeit von der Monopolverwaltung eintauschen, welche das bisherige Ungemach noch sehr viel vergrößern würde. Es kommt hinzu, daß der Entwurf das sogenannte Prinzip der Kontingentierung, d. h. der Beschränkung des Tabaksbaues auf ganz bestimmte Gegenden und damit das Verbot des Tabaksbaues für das ganze übrige Deutschland, auch für Gebiete, in denen er bisher betrieben worden, angenommen hat. Freilich können nach § 68 den bisherigen Tabakspflanzern, welche unter dies Verbot fallen, „aus besonderen Billigkeitsgründen“ Unterstützungen mit Rücksicht auf den entzogenen Erwerb gewährt werden; aber ob in dem einzelnen Falle solche „besondere Billigkeitsgründe“ anerkannt werden, ist immer sehr fraglich. Das Schicksal der Tabakfabrikanten und Tabakhändler ist durch den Begriff des Reichsmonopols vorgezeichnet: sie müssen beseitigt werden. Nur Handel mit Rohtabak in das Ausland kann zuverlässigen Personen auf Widerruf und unter strenger amtlicher Kontrolle gestattet werden. Daß unter diesen Bedingungen nur ein sehr geringfügiger Bruchtheil der bisherigen Rohtabaks-Firmen fortbestehen könnte, bedarf nicht erst der Erwähnung. Für alle übrigen Händler, Fabrikanten und Tabakarbeiter, soweit sie nicht in den Monopolbetrieb hinübergenommen werden würden, dreht sich Alles um die Entschädigungsfrage. Der Entwurf enthält in diesem Punkte wesentliche Abweichungen von den Grundzügen der Enquete-Kommission. Nach den letzteren sollten Fabrikanten und Händler eine Entschädigung im acht- bis zwölffachen Betrage ihres jährlichen Reingewinnes erhalten. Der Entwurf stellt dagegen für die Tabakfabrikanten das Fünffache, für die Rohtabakhändler das Zweifache ihres durchschnittlichen Reingewinnes während der Jahre 1880, 1881 und 1882 in Aussicht, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Geschäfte, welche noch nicht zehn Jahre betrieben worden sind, nur die Hälfte der bezeichneten Sätze gewährt werden soll. Die Arbeiter scheinen in dem Entwurfe besser berücksichtigt worden zu sein, da den früher gar nicht bedachten Handlangern „aus Billigkeitsgründen“ Unterstützung gewährt werden kann, und die Monopolverwaltung Tabakfabrikate auch außerhalb der Fabriken anfertigen lassen darf. Indes wird es sich bei der Natur des Monopols wohl trotzdem als eine Unmöglichkeit erweisen, die heutige Hausindustrie auch nur in annäherndem Umfange aufrecht zu erhalten.

In beiden Reichshälften der österreichisch-ungarischen Monarchie tobten in der vergangenen Woche lebhaft

parlamentarische Kämpfe. Während im ungarischen Unterhause die Opposition ihre schärfsten Pfeile gegen die Okkupationspolitik des Grafen Andrássy und seiner Nachfolger richtete, weil den Ungarn dabei ein erheblicher Lastenanteil ohne sonstige Vortheile zugewälzt wurde, zog die österreichische Opposition gelegentlich der Budgetberatung gegen die anti-deutsche Politik des Ministeriums zu Felde. In beiden Häusern hat jedoch die Regierung einen vollständigen Sieg davon getragen: die Budgetposten wurden bewilligt. Auf die Details der Debatten einzugehen, verbietet der Raum unseres Blattes. — Die Deserteure haben auf dem südslavischen Insurrektionsgebiete durch die Besetzung der Plateaux von Zagorje und Kreblina einen großen Erfolg von weittragender Bedeutung errungen. Erstlich ist hierdurch die Möglichkeit erwiesen, die Insurgenten bis in ihre sichersten Schlupfwinkel zu verfolgen, denn wenn es gelang, die fast unheimliche Felsenfestung Zagorje, wenn auch nach mehrtägigen Kämpfen, zu besetzen, so ist es auch möglich, die Insurgenten auf allen andern Punkten zurückzudrängen. Dann aber ist die Wegnahme der Stellungen der Aufständischen in der Zagorje und Kreblina auch dadurch von besonderer Wichtigkeit, daß nunmehr das aggressive Vorgehen derselben gegen Bosnien verhindert ist. Denn von hier aus gedachten die Insurgenten in Bosnien einzubrechen und dergestalt die Jahre des Aufstandes auch in Bosnien aufzupflanzen, welche Absicht durch das energische Vorgehen der österreichischen Truppen glücklich vereitelt worden ist.

In Italien vollzieht sich ein politischer Umbildungsprozeß, welcher für die ganze Gestaltung der zukünftigen italienischen Politik von höchster Bedeutung ist und daher die allgemeine Aufmerksamkeit verdient. Bekanntlich ist vor wenigen Wochen die Wahlgesetzreform zu Stande gebracht und dadurch die mittelbare Theilnahme an der Verwaltung der Staatsangelegenheiten einem wesentlich erweiterten Kreise von Staatsangehörigen zugänglich gemacht worden. Während das bisherige Wählerkontingent auf etwa 600000 Berechtigte geschätzt werden konnte, dürften in Zukunft 2 1/2 Millionen Wähler des Wahlrechts theilhaftig werden, vorausgesetzt, daß sie die im Gesetze vorgeschriebene Bedingung erfüllen und sich notariell in die Wahllisten aufnehmen lassen. Die Einzählung hat nun allerdings ergeben, daß ungefähr 1 1/2 Millionen von dem ihnen freigestellten Wahlrecht Besitz genommen; aber unter diesen zeichneten sich die skleralen und radikalen Gruppen ganz besonders aus. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß die skleralen Elemente ihre bisherige Haltung dem Staate gegenüber vollständig geändert haben. Während sie bisher durch strenge Enthaltung von allen Staatsangelegenheiten dem jungen Königreiche ihre Nichtanerkennung auszudrücken pflegten, rechnen sie jetzt mit der neuen Ordnung der Dinge und werden sowohl als Wähler wie als Gewählte am Staatsleben thätigen Antheil nehmen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, welche tiefgreifenden Veränderungen hieraus sich für die Gestaltung der Regierungsverhältnisse und der gesamten Politik Italiens ergeben müssen.

In der französischen Deputirtenkammer legte Finanzminister Say das neu ausgearbeitete Budget vor, da der unter dem Ministerium Gambetta ausgearbeitete Entwurf zurückgezogen worden ist. Man fürchtet, daß sich an die Budgetdebatten unerquickliche Erörterungen knüpfen werden, welche der Eintracht des Kabinetts zum Nachtheile gereichen dürften. Daß eine tiefer gehende Meinungsverschiedenheit zwischen dem Premier Herrn v. Freycinet und dem Finanzminister Leon Say obwaltet, die sich auf prinzipielle Gegensätze gründet, ist längst ein offenes Geheimniß, das nur schlecht verhüllt werden konnte. Herr von Freycinet wünscht großartige Bauten ins Werk zu setzen und die Eisenbahnen für den Staat zu erwerben, während Say dagegen ist, weil er meint, Frankreich besitze dazu nicht die nöthigen Mittel. Es fragt sich nun, wie es möglich sein wird, diesen tiefgehenden Zwiespalt der Ansichten zu überbrücken. Gleichzeitig fürchtet man auch, daß die Parteigänger Gambetta's ihren lang verhaltenen Groll, der bislang nur unvollkommen in den ihnen zur Verfügung stehenden Blättern zu Worte zu kommen vermochte, in den Budgetdebatten gegen Freycinet auslassen und besonders dessen auswärtige Politik angreifen werden, die Herr Gambetta und seinen Genossen nicht energievoll

und kräftig genug erscheint. Man wird sich zu diesem Ende an die äußerst friedlichen Erklärungen Freycinet's halten, die, wie der Premier vielleicht nicht ohne eine verständliche Nebenbedeutung betonte, von jeglicher Sucht nach Abenteuern sich frei halten werde. Gambetta fühlte den Stich und läßt Herrn v. Freycinet dafür gehörig den Text lesen, indem er ihn der Lässigkeit anklagt und die Vorlegung der diplomatischen Schriftstücke verlangt, welche über Egypten gewechselt worden sind.

In England hält die Spannung noch immer an, welche zwischen den beiden Häusern des Parlaments wegen der irischen Angelegenheit ausgebrochen ist. Die Ursache derselben liegt darin, daß das Oberhaus eine Kommission zur Untersuchung der Wirksamkeit der irischen Landacte einsetzte, obwohl die Regierung sich entschieden gegen diese Maßregel erklärte, durch welche nach ihrer Meinung die Pachtregel Irlands verzögert werde. Kamentlich der Premier Gladstone hat den Standpunkt der Regierung in dieser Angelegenheit im Parlamente energisch vertreten, und das Unterhaus befindet sich hierbei zum größten Theil auf seiner Seite. Auch scheint das Oberhaus einzulenken, um den Konflikt nicht auf die Spitze zu treiben. — Vorigen Donnerstag Abend beging ein herabgekommener Handlungskommis auf die Königin Viktoria am Bahnhofe zu Windsor ein Attentat mittelst Pistolenchusses, welches glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

In Dänemark ist auch in der diesjährigen Session des Folkethings der alte Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung ausgebrochen. Am Dienstag verweigerte das Folkething mit 54 gegen 17 Stimmen die im Zulagebewilligungsgesetz aufgeführten 11 Millionen Kronen. Der Führer der Linken, Berg, erklärte hierbei, das Haus werde sich sein Bewilligungs- und Verweigerungsrecht nicht fortdeuten lassen und wenn das Haus aufgelöst werden sollte, würde wohl die Hilfe wo andersher kommen.

In Rußland fand in der vergangenen Woche der große Prozeß gegen Trigonja und Genossen seinen Abschluß, indem zehn Angeklagte zum Tode, die übrigen zu Zwangsarbeit verurtheilt wurden. An derartige Urtheile ist man dort gewöhnt, aber bisher haben sie nicht vermocht, das heimliche Getriebe des Nihilismus irgendwie zu stören oder aufzuhalten. Je mehr man in Rußland Köpfe abschlägt, desto mehr wachsen aus dem vergossenen Blute neue Verbrecher hervor. — In aller Stille ist Skobeless in seine Heimath zurückgekehrt. Wenn es wahr ist, was Pariser Blätter über den Eindruck erzählen, welchen der Befehl des Czaren wegen seiner Rückkehr auf ihn gemacht, dann ist der vielgerühmte Helbenmuth dieses Panflavisten nicht sehr groß. Als Fürst Orlow, erzählt man, dem General mittheilte, er überbringe ihm den Befehl zur Heimreise, erblaste Skobeless und ein nervöses Zittern überkam ihn. „Von wem ist der Befehl unterzeichnet, vom Czaren oder von Ignatieff?“ fragte endlich sich fassend Skobeless. Auf die Antwort, daß der Zar selbst den Befehl unterzeichnet habe, verfiel er in einen solchen Zustand der Niedergeschlagenheit, daß Fürst Orlow, dem die Sache peinlich wurde, Skobeless die schriftliche Orde überreichte und sich empfahl. Was der General in Gatschina erwartet, kann ja nicht lange Geheimniß bleiben. Man glaubt, er werde einen Verweis und gleichzeitig den Befehl erhalten, sich für sechs Monate auf seine Güter zurückzuziehen. Mag das Eine oder Andere, schließlich auch Beides sich bewahrheiten, darauf kommt blutwenig an. Viel wichtiger ist, daß zwischen den Panflavisten und der friedliebenden Partei großer Zwiespalt herrscht. Es handelt sich nämlich darum, Ignatieff zum Minister des Auswärtigen zu machen, Giers gänzlich zu stürzen und der aggressiven Politik zum Siege zu verhelfen. Man erwartet allgemein eine Entscheidung in den ersten Märztagen nach russischem Kalender. Daß Herr Giers seines Amtes überdrüssig ist, weil er fühlt, er habe keinen sichern Boden mehr unter den Füßen, wird von verschiedenen Seiten gemeldet. Es heißt sogar, er hätte seine Demission eingereicht, dieselbe aber wieder zurückgenommen, nachdem der Zar den ernststen Willen betundet, Skobeless zur Rechenschaft zu ziehen. So lange Giers am Ruder bleibt, ist für den Frieden nichts zu besorgen; wird aber Ignatieff Minister des Aeußern, dann blüht der Weizen der Panflavisten.

Senilleten in der Beilage.